Nr. 152/154. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

20 Pfennig

Bezugspreis:
Viertelj. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, genaue zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 13,— Mk. bei täglich einmal. Zustellung 11,— Mk. + Valuta-Aufschlag. Bestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2,— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 24. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Umbildung der Regierung.

Beratung in der Reichskanzlei.

Das Kabinett verhandelte in dieser Nacht unter Hinzuziehung von je zwei Vertretern der Mehrheitsparteien über die Umbildung der Regierung. Beschlüsse waren bei Schluß des Blattes noch nicht gefaßt.

Noskes Rücktritt.

Berlin, 22. März. Das Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers Noske ist vom Reichspräsidenten genehmigt worden.

Heine und Oeser.

Gegenüber irreführenden Darstellungen stellen die P. P. N. fest, daß Minister Gen. Heine bereits am Mittwoch, als er aus Stuttgart zurückkehrte, den Entschluß zu seinem Rücktritt gefaßt hat. Er hat ihn am Donnerstag dem preußischen Ministerpräsidenten angezeigt, dieser hat aber dem Gesuch des Ministers Heine auf sofortige Beurlaubung von seinem Posten angesichts der politischen Lage nicht entsprechen können. Minister Heine hat daraufhin sofort an den Präsidenten der Landesversammlung Leinert ein neues Gesuch um sofortige Enthebung von seinem Posten gerichtet, dem der Präsident erst entsprechen kann, wenn der Aeltestenausschuß der Landesversammlung zusammengetreten sein wird. Minister Heine führt also augenblicklich noch die Geschäfte seines Ressorts weiter.

Die Frage des Rücktritts des Ministers Oeser erscheint nach derselben Quelle dadurch erledigt, daß das von ihm verwaltete preußische Ministerium der öffentlichen Arbeiten infolge des Ueberganges der Eisenbahnen auf das Reich ohnehin mit dem 1. April aufgelöst wird und die zurückbleibenden Bestandteile des Amtes anderen Ministerien eingegliedert werden. Minister Oeser wäre also auf jeden Fall am Ende dieses Monats von seinem Amt zurückgetreten.

Nationalversammlung Donnerstag.

Die auf Mittwoch angesetzte Sitzung ist auf Donnerstag verschoben worden.

Die Neuwahlen.

Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung einigte sich dahin, als Termin für die Neuwahlen den 6. Juni 1920 zu empfehlen.

Die erste Vollsitzung der Nationalversammlung in Berlin ist vom Präsidenten Fehrenbach auf Mittwoch, den 24. März einberufen worden.

Lüttwitz und Trotha verhaftet.

Wie dem „Vorwärts" von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind General Lüttwitz und Admiral v. Trotha am Dienstag vormittag in Haft genommen worden.

(WTB. dementiert diese Meldung. Uns geht sie von so zuverlässiger Seite zu, daß wir an der Richtigkeit nicht zweifeln können. Red. d. „V.").

Haftbefehl gegen Ludendorff.

Gegen den General Erich Ludendorff ist, wie den „B. P. N." mitgeteilt wird, wegen seiner Beteiligung an dem Kapp-Lüttwitz-Putsch Haftbefehl erlassen worden.

Nach einer weiteren Meldung einer hiesigen Korrespondenz hat der Oberreichsanwalt Steckbriefe erlassen gegen den Generallandschaftsdirektor Dr. Kapp, den Polizeipräsidenten v. Jagow, den Major Pabst, den Obersten Bauer, den Dr. Schiele und den Rechtsanwalt Dr. Bredereck. Diese Liste dürfte wohl kaum vollständig sein, andernfalls bedarf sie einer weitgehenden Vervollständigung. Auf die Festnahme der oben Genannten, die geflüchtet sind, beabsichtigt die Reichsregierung eine Belohnung auszusetzen.

Beginn der Säuberung.

Berlin, 22. März. (WTB.) Vom Amte suspendiert unter gleichzeitiger Eröffnung eines Disziplinarverfahrens wurden Doyé, Vortragender Rat im Reichsministerium des Innern, Winnig, Oberpräsident, Königsberg, v. Hassel, Oberpräsidialrat, Königsberg, v. Braun, Regierungspräsident, Gumbinnen, Zwicker, Landrat, Ragnit, Pauli, Regierungspräsident, Schleswig. Gegen den Landeshauptmann v. Brüneck in Königsberg wurde das Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Oberst v. Schönfeldt ist vom Kommando der Sicherheitspolizei Berlin abberufen worden, ebenso Oberst Ahrens. Sämtliche Oberpräsidenten sind aufgefordert worden, über das Verhalten der Beamten während der sogenannten Regierung Kapp Bericht einzureichen.

Beschluß.

Die gemeinsam tagenden Vorstände
des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes,
der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände,
der Berliner Gewerkschaftskommission,
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und
der Unabhängigen Sozialdemokr. Partei Deutschlands
beschließen:

Nachdem die Vertreter der Regierungsparteien sich verpflichtet haben, für die Durchführung der acht gewerkschaftlichen Forderungen, die das Ergebnis des Generalstreiks zusammenfassen, in ihren Fraktionen einzutreten, und die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich geschlossen hinter diese Forderungen gestellt, der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sie als Mindestforderungen anerkannt hat, nachdem weiter die Reichsregierung die bindende Erklärung abgegeben hat,

1. daß die Truppen in Berlin bis auf die Spreelinie zurückgezogen werden,
2. der verschärfte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird,
3. daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen,
4. mit den gewerkschaftlichen Verbänden über die Einreihung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll, —

daß sie auf Grund der Anerkennung dieses gewerkschaftlichen Programmes und der besonderen Zugeständnisse der Regierung

den Arbeitern, Angestellten und Beamten im ganzen Reiche, insbesondere in Berlin und Umgebung empfehlen,

den Generalstreik mit Beginn des 23. März zu beendigen und die Arbeit allenthalben wieder aufzunehmen.

Die unterzeichneten Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, falls die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt und die Zusagen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden.

Berlin, den 22. März 1920 (nachts 12 Uhr).

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund.
Legien.
Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umg.
Rusch.
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.
Aufhäuser.
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Juchacz.
Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Crispien.

Die Zentralstreikleitung war die Gewerkschaftskommission. Wenn nun Flugblätter mit der Unterschrift „Die Zentralstreikleitung" in Berlin verbreitet wurden, die zur Fortsetzung des Streiks auffordern, so ist das lediglich ein Schwindelmanöver, das die Gewerkschaftskommission in Mißkredit bringen, die Arbeiter in neue Zweifel stürzen und neue Verwirrung anrichten soll.

Die preußische Staatsregierung erklärt, daß gegen alle, die sich der Mitwirkung an dem Verbrechen von Kapp und Lüttwitz schuldig gemacht haben, ohne Ansehen der Person, mit der äußersten Schärfe vorgegangen wird. Die Flüchtigen werden steckbrieflich verfolgt; die Gerichte sind mit den erforderlichen Anweisungen versehen. Alle Beamten, die sich dem Kappschen Unternehmen unter Verletzung ihres der Republik geleisteten Eides zur Verfügung gestellt haben, werden, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, aus ihren Aemtern entfernt.

Reichspostminister Giesberts teilte auf dem Verbandstag der unteren Post- und Telegraphenbeamten mit, daß er den Oberpostdirektor von Berlin, Senlsen, seines Amtes enthoben und ein Disziplinarverfahren gegen ihn eingeleitet habe.

Die Reichsregierung wird unverzüglich der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorlegen, wonach die Strafverfolgung und Aburteilung der hochverräterischen Unternehmungen, auch soweit es sich um die der Militärgerichtsbarkeit unterstellten Personen handelt, ausschließlich den bürgerlichen Behörden und Gerichten zusteht. — Unseres Erachtens wäre es noch besser, wenn die Aburteilung in die Hand wirklicher Volksgerichte gegeben würde.

Entwirrung.

In der Nacht vom Dienstag, den 16. zum Mittwoch, den 17. März erließ der Bezirksvorstand der Groß-Berliner Sozialdemokratie einen Aufruf, in dem die Umbildung der Regierung gefordert wurde. Wer drohende Gefahren nicht rechtzeitig erkannt, ihnen nicht vorgebeugt, sich in kritischen Tagen nicht vollkommen zuverlässig gezeigt habe, müsse seinen Posten verlassen. Aufgabe der neuen Regierung werde es sein, den Kampf gegen die Reaktion sofort mit voller Schärfe aufzunehmen und so rasch wie möglich unter der Parole gegen rechts Neuwahlen durchzuführen. An einer solchen Regierung sich zu beteiligen sei Pflicht beider sozialdemokratischen Parteien.

Am Freitag begannen dann die Verhandlungen zwischen den im Streik stehenden Berufsorganisationen, deren Standpunkt von den Vertretern der Sozialdemokratie geteilt wurde. Am Sonnabend morgen kam dann zwischen den Organisationen und den Vertretern der Mehrheitsparteien folgende Vereinbarung zustande:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierungen Schuldigen sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellen, und ihren Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Uebernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wuchers und Schiebertums in Land und Stadt. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtung durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtung.

Von einer neunten Forderung, die den Rücktritt des Reichswehrministers Noske und des Ministers des Innern Heine betraf, wurde Abstand genommen, weil deren Rücktritt bereits vollzogen war.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat sich die Berliner Vereinbarungen zu eigen gemacht. Sie und die ganze Partei werden fest zu ihnen stehen. Mit ihnen ist auch unsere Parole für die Wahlen gegeben, die, wie es jetzt heißt, im Juni vollzogen werden sollen.

Die Entwirrung der Situation und die Umbildung der Regierung begegnen naturgemäß den größten Schwierigkeiten. Der Reichspräsident, Genosse Ebert, steht vor der unendlich schweren Aufgabe, eine Regierung zu ernennen, die in der Nationalversammlung eine Mehrheit findet und die notwendigen Garantien für die Ruhe hin bietet. Hoffentlich be-

greifen die bürgerlichen Parteien, daß die Lage rasches Handeln erfordert und daß die Antwort auf die freche Herausforderung der militaristischen Reaktion nur eine entschiedene Linksschwenkung der gesamten Regierungspolitik sein kann.

Nur diese Erkenntnis ist imstande, das gefährdete Reich und unser unglückliches Volk vor neuen schweren Erschütterungen zu bewahren. Es wird über die Bildung einer Arbeiterregierung verhandelt, die aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und Gewerkschaftlern aus dem Zentrum und der bürgerlichen Demokratie bestehen soll. Wir können uns — da die Zustimmung der bürgerlichen Koalitionsparteien zu einer reinsozialistischen Regierung kaum zu erwarten ist — keine glücklichere Lösung denken als diese.

Zu den sozialistischen Parteien genießen die Gewerkschaftsvertreter volles Vertrauen, und es gäbe zu denken, wenn das bei den bürgerlichen Parteien anders sein sollte. Die diesen Parteien angeschlossenen Berufsorganisationen wollen doch auch nicht bloß fünftes Rad am Wagen sein!

Hinter einer Regierung der Arbeiter, das heißt der Kopf- und Handarbeiter und der Angestellten und Beamten, würde die erdrückende Mehrheit der gesamten werktätigen Bevölkerung stehen. Unter ihrer Führung würde es gelingen, die kommenden schweren Monate zu überwinden und die Wahlen unter der notwendigen Parole des Kampfes gegen rechts erfolgreich durchzuführen. Daß sich eine solche Regierung auf den Boden der Berliner Vereinbarungen stellen würde, ist selbstverständlich.

Wie sonst die Krise gelöst werden soll, ist vorläufig nicht zu sehen. Ueber eine rein bürgerliche Regierung braucht nicht erst geredet zu werden, sie ist angesichts der neuen Ereignisse mehr denn je eine Unmöglichkeit. Aber ebensowenig ist eine Fortsetzung der Koalitionspolitik möglich ohne einen entschiedenen Ruck des Ganzen nach links und ohne allseitige Anerkennung der Berliner Vereinbarungen, deren Boden die sozialdemokratische Partei nicht verlassen wird.

Einstweilen ist es notwendig, nach Beendigung des Generalstreiks auch die zwecklosen Schießereien auf den Straßen einzustellen. Auch der größte Esel müßte nun begreifen, daß aus allen Versuchen zu bewaffneten Aufständen nur noch die militaristische Reaktion Nahrung zieht. Sie will durch Großzüchtung des Bolschewistenschrecks ihre Notwendigkeit beweisen. Mißlingt ihr dieser letzte Rettungsversuch, dann bricht sie in sich zusammen. Darum sind alle lokalen Kämpfe, denen der Zusammenhang mit den großen politischen Ereignissen fehlt und die meist nur aus einem örtlichen und augenblicklichen Mißverstehen der Situation entstehen, unbedingt zu vermeiden.

In den Vorgängen der letzten Tage hat sich das Wort des Dichters bewährt, daß der Verlust ein Blitzstrahl ist, der verklärt, was er entzieht. In dem Augenblick, in dem Republik und Demokratie in der Gefahr standen, vernichtet zu werden, brach sich in der ganzen arbeitenden Bevölkerung trotz aller Diskussionen mit elementarer Kraft die Erkenntnis Bahn, was Republik und Demokratie für sie bedeuten. Auf dem Boden der Republik und der Demokratie, auf dem Boden der Verfassung muß die Lösung der schweren Reichskrise gefunden werden. An ihr mitzuarbeiten sind alle Vertreter des arbeitenden Volkes verpflichtet, ohne Unterschied der Partei oder Richtung. Kann die sozialistische Arbeiterschaft aus den Erfahrungen lernen, so muß sie jetzt auf dem Boden der Republik und der Demokratie auch den Weg zur Einigkeit finden.

Aufhebung der Standgerichte.

Berlin, 22. März. (W. T. B.) Wie aus der nachstehenden Verordnung hervorgeht, hat der Reichspräsident im Vertrauen darauf, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit nicht gestört wird, die Aufhebung der Standgerichte angeordnet.

Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlichen weiteren Maßnahmen.

§ 1. Soweit nach den zurzeit geltenden Vorschriften die Einsetzung von Standgerichten in Groß-Berlin zugelassen ist, werden die hierauf bezüglichen Bestimmungen aufgehoben.

§ 2. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Berlin, 22. März 1920.

Der Reichskanzler. gez.: Bauer. — Der Reichspräsident. gez.: Ebert.

Cöpenick.

Zu überaus schmerzlichen Vorfällen, die größtenteils auf Mißverständnissen beruhen, ist es in den östlichen Vororten Cöpenick und Adlershof gekommen. Dort hatte sich Anfang der vorigen Woche die Arbeiterschaft gegen die Putschisten bewaffnet. Von dem inzwischen eingetretenen Sturz der Diktatoren hatte die dortige Bevölkerung noch am Sonnabend keine rechte Kenntnis. Anrückende Truppen, die nicht zu Lüttwitz gehörten, sich aber nicht deutlich genug legitimierten, wurden mit Feuer empfangen und zum Teil gefangen genommen. Auf der einen Seite spielten linksradikale Wirrköpfe mit dem Feuer, indem sie zur Bildung einer „Roten Armee" durch Werbeplakate aufforderten und unsere Parteigenossen von der Leitung der „Operationen" ausschlossen, auf der anderen Seite waren die Reichswehrtruppen durch die sinnlose Parole des Kampfes gegen den drohenden Bolschewismus derartig verhetzt, daß sie für ein vernünftiges Vorgehen nicht zu haben waren. Ob, wie behauptet wird, gefangengenommene Offiziere mißhandelt oder gar ermordet (?) wurden, können wir nicht feststellen. Jedenfalls kam es zu einem stundenlangen blutigen Feuerkampf mit dem Ergebnis, daß die Truppen in Cöpenick einmarschierten und dort standrechtliche Erschießungen vornahmen, obwohl die Arbeiterschaft vorher die Waffen freiwillig niedergelegt hatte. Unter den standrechtlich Erschossenen befindet sich der bekannte Unabhängige Futran.

Diesen standrechtlichen Erschießungen liegt zweifellos ein furchtbares Mißverständnis zugrunde: z. B. gerade der erschossene Unabhängige Futran hatte, auf dringendes Anraten unseres zufällig in der Nacht zum Sonntag dort anwesenden Genossen Otto Wels, die Köpenicker Arbeiterschaft aufgefordert, die Waffen niederzulegen und abzuliefern.

Im übrigen ist die Mitteilung der „Freiheit", daß Wels es abgelehnt hätte, mit der Regierung zu verhandeln, ganz unrichtig. Wels war vielmehr am Sonnabend abend von den „Roten" daran gehindert worden, Cöpenick zu verlassen, und als man ihn später ersuchte, mit der Regierung in Verbindung zu treten, war der Kampf im vollen Gange und ein Herauskommen aus Cöpenick ganz ausgeschlossen. Erst am Morgen erhielt Wels von dem kommandierenden Offizier die Erlaubnis, nach Berlin zu fahren, und er begab sich sofort nach der Reichskanzlei, um dort auf die zivilen und militärischen Stellen einzuwirken.

Parteiausschuß und Parteitag.

Der Parteiausschuß der S. P. D. ist auf kommenden Dienstag einberufen. Der Parteitag wird wahrscheinlich im April stattfinden.

Die Bezahlung der Streiktage.

Berlin, 23. März. In Berlin sind Gerüchte im Umlauf, daß das Kabinett sich gegen die Bezahlung der Streiktage ausgesprochen habe. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Reichsarbeitsminister von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden hat, den Arbeitgebern die Bezahlung der Streiktage anzuempfehlen.

Kapps Dirne.

Zum Beweise, in welch ekelhafter Weise sich das Wolffsche Telegraphen-Bureau der Kappschen Lügenpropaganda zur Verfügung gestellt hat, drucken wir hier zwei Meldungen aus der Mittagausgabe des WTB. vom 17. März ab, wobei wir ausdrücklich bemerken, daß bequem noch fünfzig Schwindeleien des WTB. ähnlichen Kalibers aus den fünf Kapp-Tagen nachgewiesen werden können.

Berlin, 17. März. (Amtlich.) Nach übereinstimmenden zuverlässigen Nachrichten hat gestern in Berlin ein Vertretertag stattgefunden, der von den Unabhängigen, den Kommunisten und von Mehrheitssozialisten beschickt war. Auf ihm hat eine Einigung dahin stattgefunden, daß die Mehrheitssozialisten zwar den Programmpunkt „Generalausstand" als Antwort auf den Gewaltstreich nicht angenommen haben, daß sie ihm aber neutral gegenüber stehen. In allen anderen Punkten fand eine vollständige Einigung statt. Eine Ministerliste wurde aufgestellt. Sie zeigt folgende Namen: Reichskanzler: Däumig, Inneres: Dr. Kurt Geyer, Aeußeres: Neumann oder Paul Levi, Wirtschaft: Dr. Naich, Arbeit: Otto Gras-Remscheid, Ernährung: Geismann, Justiz: Dr. Cohn, Finanzen: Müller (genannt Adel), Presse: Dr. A. Goldschmidt, Eisenbahnen: Julius Meier. Diese Tatsachen zeigen, wie ungeheuer die Gefahr ist. Die Räterepublik will den Versuch machen, sich gewaltsam in den Sattel zu schwingen. Die Diktatur des Proletariats droht alles Leben in Deutschland zu vernichten. Alles Elend, alle Greuel, alle furchtbaren Knechtungen des Bolschewismus in Rußland drohen auch uns. Nicht der leiseste Zweifel ist mehr für alle Bürger, alle Soldaten der Reichswehr, alle Beamten der Sicherheitspolizei, zu welcher Seite sie halten sollen. Es gibt nur noch einen Feind, den Bolschewismus, der keine Reichsgewalt mehr anerkennt. Ihm hat der Kampf mit aller Energie zu gelten.

Berlin, 17. März. Aus der Reichskanzlei geht uns folgende Mitteilung zu:

In Stuttgart ist der Generalstreik ausgebrochen. Der Aktionsausschuß des radikalen Komitees hat sich dort auch gegen die Regierung Ebert-Noske ausgesprochen.

Unehrliche Kampfesweise.

Uns geht folgende Erklärung zu:

Unabhängige Redner gehen in Versammlungen mit einem angeblichen Protokoll der Berliner Gewerkschaftskommission hausieren. Danach soll ich mich bei einer Verhandlung mit der preußischen Regierung gegen die Auflösung der Baltikumtruppen gewendet haben. Das ist selbstverständlich erlogen. Ich habe bei allen Gelegenheiten das Gegenteil vertreten und aufs schärfste die Auflösung der Baltikumtruppen verlangt.

Franz Krüger.

Im Anschluß daran sei bemerkt, daß natürlich auch ein „Pattloch-Krüger" unterzeichnetes Flugblatt, das zur Errichtung einer Rätediktatur auffordert, eine plumpe Fälschung ist.

Was bedeutet das?

Nach einer zuverlässigen Mitteilung des Republikanischen Führer-Bundes liegt im Sportpalast Potsdamer Straße eine unbekannte Truppe, die am Stahlhelm das Hakenkreuz führt, also anscheinend Baltikumer.

Ins Lendigymnasium in Dahlem sind Montag abend neue Truppen eingezogen, die schwarz-weiß-rote und Marineflaggen führen.

Der Heeres-Kraftwagenpark in Dahlem mit überwiegend republikanisch gesinntem Personal soll unter technischen Vorwänden aufgelöst werden, gerade jetzt, wo man republikanische Truppen braucht und die monarchistischen bei weitem noch nicht aufgelöst sind. Der Auflösungsbefehl ist am Dienstag vom Reichswehrministerium wiederholt worden.

Ebenso soll der zuverlässig republikanische Kampfwagenpark in Lankwitz aufgelöst werden. Das tollste aber ist die Art der Auflösung. Nach einem Befehl des Reichswehrgruppenkommandos I soll je ein Zug von 4 Kampfwagen an die Reichswehrbrigade 15 und 3 abgegeben werden, deren Leitung bekanntlich lüttwitzfreundlich ist, ein Zug von 4 Wagen aber — an die Marinebrigade 2 (Ehrhardt!)

Diese letzte Mitteilung klingt fast unglaublich, aber es liegen sichere Beweise dafür vor. Es scheint, daß in gewissen militärischen Stellen das alte Doppelspiel weitergespielt wird. Aber diesmal wird hoffentlich die Regierung nicht blind sein!

Mit der Reitpeitsche!

Am Dienstag wurde gegen 1 Uhr mittags von Reichswehrtruppen eine Razzia nach Waffen in Reinickendorf-West unternommen. Dabei wurde auch das Volkshaus der U. S. P. D. durchsucht. Als einige harmlose Zuschauer, die dem Befehl zum Weitergehen nicht rasch genug (nach Ansicht der Offiziere) Folge leisteten, wurde ein Kaufmann Julius G., Kriegsbeschädigter, von dem kommandierenden Offizier (wie uns berichtet wird, ein mit dem Orden „Pour le mérite" geschmückter Hauptmann) mit der Reitpeitsche auf den Kopf geschlagen, sodann von einigen Unteroffizieren gepackt, in ein Zimmer des Volkshauses geschleppt, dort auf eine Bank mit Gewalt gelegt und neuerdings sieben bis 8 achtmal mit der Reitpeitsche geschlagen. Zeugen sind vorhanden, obwohl die dortige blaue Polizei sich weigerte, den Tatbestand und die Zeugen amtlich festzustellen, unter dem Vorwand, daß sie gegen die Sicherheitspolizei nichts machen könne, obwohl es sich um Reichswehrtruppen handelte.

Wir verlangen, daß diese Reitpeitschenhelden, deren Identität von den militärischen Stellen leicht festzustellen sein wird, unverzüglich bestraft werden.

Ueberhaupt sollte endlich mit dem militärischen Unfug der Suche nach Waffen, der sinnlosen Absperrungen usw. ein Ende gemacht werden, zumal die Truppen, die mit diesem Kampfe gegen den angeblichen Bolschewismus betraut sind, nicht immer zu denen gehören, deren Zuverlässigkeit erwiesen ist, und ihn zum Vorwand nehmen, sich an der gesamten Arbeiterschaft zu rächen, an deren Geschlossenheit das militaristische Verbrechen gescheitert ist.

Die Lage im Ruhrrevier.

Die Nachricht von der Aufrichtung einer Räterepublik im Ruhrrevier erweist sich als ein plumper militaristisch-reaktionärer Schwindel. Es haben heftige Kämpfe, besonders mit dem berüchtigten Korps Lichtschlag, stattgefunden, in denen die Arbeiter Sieger blieben. An diesen Kämpfen war die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft bis weit in die Reihen des Zentrums hinein beteiligt. Die auf Grund der militaristischen Schwindelnachrichten nach dem Ruhrrevier dirigierten Truppen sind infolgedessen gestoppt worden, die Minister Giesberts und Genosse Otto Braun sind zu Verhandlungen hinübergefahren.

Die siegreich gebliebene Arbeiterschaft steht bis auf geringe Ausnahmen auf dem Boden der Verfassung. Die Arbeit ist in vollem Umfang wieder aufgenommen. Die Förderung betrug am Montag, wie uns ein Privattelegramm meldet, 17 000 Tonnen, das heißt genau soviel wie im Februardurchschnitt gefördert wurde. Nach der Einführung der Ueberschichten hatte sich die Förderung auf 21—22 000 Tonnen pro Tag gesteigert. Ueberschichten werden augenblicklich nicht verfahren, weil keine Möglichkeit des Abtransportes besteht.

Die Förderziffern sind die beste Widerlegung der Schwindelmeldung von dem im Ruhrrevier ausgebrochenen „Bolschewismus". Natürlich gibt es im Augenblick noch mancherlei Unordnung und werden an einzelnen Orten auch Dummheiten gemacht. Es besteht aber kein Anlaß, im Ruhrrevier Metzeleien zu veranstalten und blutige „Siege" zu erfechten. Was dort noch in Ordnung zu bringen ist, wird aller Voraussicht nach mit politischen Mitteln in Ordnung gebracht werden können unter Ausschaltung der militärischen.

Bauer an die Ruhrarbeiterschaft.

Reichskanzler Bauer hat an den Vorsitzenden des Aktionsausschusses in Hagen (Westf.) folgendes Telegramm gesandt: Die Reichsregierung nimmt mit Dank davon Kenntnis, daß die drei sozialistischen Parteien alle Kräfte zur Niederschlagung der Reaktion eingesetzt haben. Dieses Ziel ist in Berlin durch Zusammenbruch der Kapptruppe erreicht. Entwaffnung der Kapptruppen auch im Ruhrrevier wird durchgeführt. General Watter gehört jedoch nicht zu den reaktionären Offizieren, sondern hat sich nachweisbar in loyalster Weise hinter die Reichsregierung gestellt. Die Entfernung wirklich reaktionärer Offiziere wird erfolgen. Die Truppenbewegungen werden eingestellt. Voraussetzung ist, daß die Ablehnung der Rätediktatur nicht nur versprochen, sondern in die Tat umgesetzt wird, daß insbesondere die verfassungsmäßigen Organe und Behörden wieder in ihr Recht eingesetzt werden, daß die Arbeiter die Waffen niederlegen und zur Arbeit zurückkehren. Die sofortige Durchführung dieser Maßnahmen ist unerläßlich. Anderenfalls ist die Reichsregierung außerstande, Nahrungsmittel von der Entente oder von Holland zu erreichen, auch das Einrücken der Entente zu verhindern. Am Dienstag werden zwei Minister des Reiches und Preußens im dortigen Revier den Standpunkt der Regierung darlegen. Es sind das die Minister Giesberts und Bauer, denen sich auch Stegerwald angeschlossen hat.

Schlesien wiedererobert.

Auch in Schlesien ist der Militäraufstand nach der Niederlage von Kapp-Lüttwitz rasch niedergebrochen. Die Breslauer „Volkswacht", deren Druckerei von den Meuterern niedergebrannt wurde, veröffentlichte am 20. März einen Aufruf eines dort neugebildeten Vollzugsrats, der aus Demokraten, Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten gebildet ist. Als Aufgabe des Vollzugsrats wird bezeichnet:

daß in unserer Vaterstadt die Sicherheit und Ordnung wiederkehrt;

die sofortige Aufnahme der Arbeit erfolgen kann;

alle schuldigen Führer ihre verdiente Strafe finden;

unter den reaktionären Beamten, die ihrer Pflicht untreu geworden sind, aufgeräumt wird.

Es wird Volksbewaffnung unter Kontrolle des Vollzugsrats angeordnet.

Am 21. März hat Oberpräsident Gen. Philipp, der von den Meuterern gefangen genommen worden war, sein Amt wieder angetreten.

Die Meuterei in Pommern.

In Pommern beschlossen die Gewerkschaften, am Dienstag früh in den Generalstreik einzutreten. Der Belgarder Kommandant, Major Banke, verhaftete darauf zehn Mann vom Ortsausschuß. Der dortige Vorsitzende der S. P. D. forderte sofortige Haftentlassung, Zurückziehung des Militärs und Versammlungsfreiheit. Donnerstag 7 Uhr früh erhielt der Parteivorsitzende die Nachricht, daß Kapp-Lüttwitz zurückgetreten seien und Ebert-Bauer wieder das Regiment übernommen hätten. Leutnant d. R. Leber, langjähriges Mitglied der Partei, stellte sich den Arbeitern und dem Landrat zur Verfügung. Er traf am Donnerstag mittag mit einem Maschinengewehr und einem Mann dort ein und besetzte mit Hilfe von organisierten Arbeitern, welche bewaffnet worden waren, Kreishaus und Rathaus. Er forderte nun vom Major Banke: 1. Bekenntnis zur Regierung Ebert-Noske. 2. Vorläufigen Rücktritt des Garnisonältesten. 3. Zurückziehung der Patrouillen. Der Major Banke antwortete mit einem Auto, welches mit Maschinengewehren beladen war. Dieses wurde nach kurzem Kampf überwältigt. Dabei gab es einen Toten und zwei Verwundete. Der Leutnant Leber schickte den Landrat Ahrendts zur Verhandlung zum Major. Der Major Banke trat nicht in Verhandlungen, sondern verhaftete den Landrat und schickte als Antwort ein neues Auto zum Kreishaus, welches wieder mit 3 Maschinengewehren und 14 Mann Besatzung ausgerüstet war. Dieses eröffnete beim Eintreffen in der Stadt in öffentlichen Straßen das Feuer. Das Auto wurde nach kurzem Kampf überwältigt. Leber schickte daraufhin den Kreisrat Schreiber noch einmal zur Verhandlung und sagte dem Major, daß er auf dem Boden der Regierung Ebert-Noske stehen geblieben sei und die eidbrüchigen Offiziere ihres Amtes enthoben werden müßten. Darauf schickte der Major einen Feuerwerker als Unterhändler mit einem Ultimatum, welches mit den Worten begann, Major Banke stehe jetzt auf dem Boden der Regierung Ebert-Noske, Leutnant Leber solle sich zur Verfügung stellen. Die Arbeiter zogen ab. Nachher wurden Verhaftungen vorgenommen und ein Mann erschossen!

In Köslin fiel Genosse Grünewald, stellvertretender Geschäftsführer der „Volkszeitung", im Kampfe gegen die Reaktion.

Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung sofort nach Kenntnisnahme dieser empörenden Vorfälle die Freilassung der zu Spartakisten gestempelten Genossen angeordnet, sowie die Verfolgung der schuldigen Offiziere

Letzte Kämpfe in Halle.

WTB. berichtet: Die Kämpfe in und um Halle haben in der Nacht zum Dienstag ihr Ende gefunden. Das Militär ist wieder Herr der Lage. Am Sonntag wurde am Marktplatz nach hartnäckigen Kämpfen bei Einbruch der Dunkelheit der Hauptangriff der Arbeiter abgeschlagen. Im Laufe des Montag und in der Nacht zum Dienstag säuberten die Truppen die Glaucháuer Vorstadt und das Viertel am Hettstädter Bahnhof. Die Arbeiter sind aus der Umgebung von Halle abgezogen. Das Wasserwerk ist noch außer Betrieb. Elektrizitäts- und Gaswerk arbeiten wieder. Dienstag vormittag ist der Personenverkehr nach Berlin beschränkt wieder aufgenommen worden. Die Straßenbahn hat den Verkehr noch nicht wieder eröffnet. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Es wird nur ein Mitteilungsblatt herausgegeben.

Die Ereignisse in Hamburg.

Hamburg, 22. März. (Eig. Bericht des „Vorwärts".) Als am 18. März morgens die Nachricht von dem gelungenen Handstreich der Kapp und Lüttwitz nach Hamburg kam, nahm die Sozialdemokratische Partei sofort die Führung der Gegenaktion in die Hand. Die Parteivorstände der Demokraten und der U. S. P. erschienen beim Parteivorstand, und es wurde gemeinsam sofort der Generalausstand proklamiert.

Am Mittag erschien eine Verordnung des Garnisonältesten v. Wangenheim in Altona, die sich für die Kapp-Regierung aussprach und anzeigte, daß die gesamte Gewalt in seine Hände übergehe. Die Setzer sämtlicher Blätter weigerten sich, diese Verordnung zu setzen. Während am Nachmittag eine außerordentliche Tagung der Bürgerschaft unter Anwesenheit des gesamten Senates Stellung gegen den Umsturz nahm, versuchte v. Wangenheim, Hamburg in seine Hand zu bringen. Er nahm den regierungstreuen Oberst Meyer der Sicherheitswehr fest und setzte den mit Ausweisen v. Jagows im Flugzeug in Hamburg erschienenen Oberst Mengels in das Amt ein. Die Presse wurde verboten, der Senat und die Bürgerschaft für aufgelöst erklärt, das Rathaus von den Bahrenfelder Zentfreiwilligen besetzt.

Der ganze Spuk dauerte aber nur einige Stunden. Ohne jedes Blutvergießen wurde Hamburg am Sonntag und Altona am Montag restlos von den Staatsfeindlern gesäubert, was den energischen Maßnahmen des Senats und des von der Bürgerschaft eingesetzten Ausschusses, der Einwohnerwehr, der bewaffneten Arbeiterschaft sowie der treuen Sicherheitswehr zu danken ist.

Bei dem Handstreich auf Altona tat sich Genosse Lampl, der frühere Kommandant von Groß-Hamburg, hervor. Von Wangenheim und seine Helfershelfer v. Sydow, Oberst Lebedur sind leider entkommen. Ebenso ist der Deutschnationale und Antisemit Rechtsanwalt Jakobsen, der von Wangenheim zum Zivilkommissar ernannt war, entflohen. Auch der Eisenbahndirektionspräsident Dr. Schneider und der Oberpostdirektor Köhler waren an dem Putsch beteiligt. Auf dem Fernsprechamt hatte Wangenheim die Leitungen des Senats, der Sicherheitstruppe und des „Hamburger Echo" stillegen lassen. Der Senat ließ das Amt besetzen, die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen und übte nun seinerseits scharfe Aufsicht über den Telegraphenverkehr aus, wobei eine große Anzahl Telegramme der Gegenrevolutionäre angehalten werden konnten. Das „Hamburger Echo" hat eine Auslese daraus veröffentlicht, durch die insbesondere die Generäle von Lettow-Vorbeck, v. Germuth, v. Levetzow bloßgestellt werden.

So ist der Putsch in Hamburg kurz und schmerzlos erledigt worden. Allein in Harburg, wo Einwohner- und Sicherheitswehr anmarschierende Baltikumer aus Stade entwaffneten, kam es zu Blutvergießen. Es sind ungefähr 30 Tote und Verwundete zu beklagen. Von dem radikalen Flügel der U. S. P. und Kommunisten ausgegebene weitergehende Parolen fanden keinerlei Befolgung.

Die Landesorganisation und die Betriebsräte der Partei nahmen am Sonntag, den 21. März, abschließend Stellung zu den Vorgängen. Es wurde dabei besonders konstatiert, daß in Berlin der General v. Seeckt im Auftrage der Regierung herrsche, der vor einigen Wochen hier in Hamburg in einem öffentlichen Vortrage sich zur schärfsten Reaktion bekannt und von „dem Tag" gesprochen hat, der das deutsche Volk befreien und zu neuer Größe führen solle. Die Teilnahme an einer von den Schuldigen jetzt propagierten Einheitsfront gegen den Bolschewismus lehnt die Hamburger Sozialdemokratie ab, sie kennt nur eine Einheitsfront, die des Proletariats gegen die Reaktion.

(Dena.) Von dem Oberpräsidenten Kürbis wurde gegen den früheren Kieler Oberbürgermeister Lindemann, gegen den Landrat Löw, gegen den früheren Kommandeur der Sicherheitswehr Major von Winterfeld und gegen den Regierungspräsidenten Pauli in Schleswig das Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet.

In Lütjenburg in Holstein wurde Admiral von Levetzow verhaftet und nach Kiel gebracht.

Ruhe in Kiel.

In Kiel herrscht nach heftigen Kämpfen Ruhe. Die Parteien beschlossen, die Arbeit in den lebenswichtigen Betrieben wieder aufzunehmen. Von der Arbeiterschaft ist der Genosse Gustav Garbe zum Zivilgouverneur proklamiert worden, er übt in Gemeinschaft mit dem Admiral Evers die Herrschaft aus. Die Aufrechterhaltung der Ordnung liegt bei den Sicherheitspolizisten und bewaffneten Arbeitern. Die in der Stadt befindlichen Reichswehrtruppen werden in den Kasernen zurückgehalten, sind aber durchaus regierungstreu. Zu irgendwelchen Zusammenstößen größerer Art ist es nicht gekommen. Admiral v. Levetzow und seine Begleiter Kapitänleutnant Ehye und Weßer wurden in Lütjenburg verhaftet und in das Gefängnis in Kiel eingeliefert.

In Hamburg ist die Lage unverändert, die Stadt ist durchaus ruhig. Die Eisenbahnen verkehren, wenn auch unregelmäßig. — Die Zeitungen dürfen wieder erscheinen. Die Hamburger Sicherheitswehr steht zum größten Teil hinter dem Senat, ebenso eine geringe Anzahl der Reichswehrtruppen, die die Stadt noch nicht verlassen haben. Die Bahrenfelder Freiwilligentruppe ist aufgelöst. Freiherr v. Wangenheim ist geflüchtet.

Die Hamburger Werften haben die Arbeit fast in vollem Umfange wieder aufgenommen.

In Bremen herrscht Ruhe. Die Truppen sind zuverlässig und stehen hinter dem Senat. Es wird im großen und ganzen überall gearbeitet; nur in einzelnen Betrieben, in welchen schon seit längerer Zeit Differenzen bestanden, wird noch gestreikt. Die Post hat den Verkehr wieder aufgenommen ebenso die oldenburgische Eisenbahn.

Gewerkschaften und Generalstreik

In einer Sitzung der Gewerkschaftskommission und der Vorstände der Berliner Gewerkschaften am Dienstag nachmittag berichtete Kusch über die augenblickliche Situation. Es hätten sich rote Armeen in vielen Teilen Deutschlands gebildet, und es müsse verhindert werden, daß die Regierung mit Truppen dagegen vorgehe. Am Montag fanden Verhandlungen mit Reichskanzler Bauer statt. Spreegelände- und Regierungsviertel sollen von Truppen besetzt bleiben. Standrecht und verschärfter Belagerungszustand sollen aufgehoben werden. Minister Braun und Giesberts sollen in Rheinland-Westfalen verhandeln, die Truppen sollen sich zurückhalten. Die Sicherheitswehr sei preußische Angelegenheit. Die Gewerkschaften wollen Listen auflegen und zuverlässige Mitglieder für Einreihung in die Reichs- und Sicherheitswehr vorschlagen. U. S. P., S. P. D., A. D. G. B. und Afa haben beschlossen, den Generalstreik abzubrechen.

Es fanden heute interfraktionelle Besprechungen statt über Bildung einer Arbeiterregierung. Eine sozialistische Arbeiterregierung hätte Schwierigkeiten mit der Entente. Komme es, wie es wolle, gegen die geeinigte Arbeiterschaft kommt das Bürgertum nicht auf. U. S. P. und S. P. D. wollen sich gegenüber der Regierung für Durchführung der 8 Punkte einsetzen. Andernfalls lebt der Generalstreik wieder auf. Eine gemeinsame Kundgebung wird erlassen, unter welchen Bedingungen der Generalstreik mit dem 23. März abgebrochen wird.

Die Generalversammlung der Betriebsräte hat heute ebenfalls die Aufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem vorher die Gewerkschaftsinstanzen persönlich verdächtigt worden sind. Diese Angriffe haben in den tatsächlichen Verhältnissen keine Unterlage. Die Betriebsrätewahlen haben ohne Kontrolle stattgefunden, die Betriebsräte kannten die Verhältnisse nicht und es muß ihnen auch das Verantwortungsgefühl abgesprochen werden.

Da die U. S. P. sich nicht entschließen konnte, in die sozialistische Regierung einzutreten und andernfalls die acht Punkte gescheitert wären, wenn die Gewerkschaftskommission nicht zustimmte, habe er, Rusch, die Zustimmung erklärt. Jetzt würde er dafür als Verräter bezeichnet. Bedauerlicherweise habe man die Referenten der Sonnabendversammlungen falsch informiert. Rusch erklärte, er lasse die Gewerkschaftsorganisationen auch von den Betriebsräten nicht zertrümmern.

Der Kampf ist beendet, jetzt gilt es, die Früchte des Kampfes zu sichern. Es war die erste Einheitstat des deutschen Volkes, und dieser Einheitskampf muß gegen rechts einmütig weitergeführt werden.

Vollmershaus berichtet über Verhandlungen mit der preußischen Regierung. Rasch von der K. P. D. wolle die Gewerkschaften zertrümmern, dagegen sei schärfster Kampf zu führen.

Siegle tritt ebenfalls gegen das Treiben der Betriebsräteeentrale auf und gegen die Machinationen der Anhänger eines bewaffneten Widerstandes. Es sei zu viel geredet worden. Um revolutionäre Betriebsräte zu wählen, brauchte man nicht den Generalstreik weiter zu führen.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen. In seinem Schlußwort bezeichnet es Rusch als ein Verbrechen, daß die Genossen der Parteidruckereien während des Generalstreiks auch streikten. In Zukunft müssen andere Vorbereitungen getroffen werden. — Es sei nicht so leicht, 6000 Schwerbewaffnete zu entwaffnen. Jedes Arbeiterleben sei dazu zu schade. Das müsse in Ruhe geschehen, und wenn nicht anders, dann müsse es mit Geld geschehen. — Die Räterepublik sei jetzt nicht aufzurichten. Deshalb haben die Gewerkschaften richtig gehandelt, als sie zum Abbruch des Generalstreiks aufriefen. Ihm sei die Mittellinie zwischen S. P. D. und U. S. P. lieber als zwischen S. P. D. und Bürgertum.

Eine Resolution, die dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission für sein zielbewußtes Verhalten das Vertrauen ausspricht, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Groß-Berlin

Der „Vorwärts" in den tollen Tagen.

Redaktion und Geschäftsleitung des „Vorwärts" haben in den tollen Tagen alle erdenklichen Anstrengungen gemacht, um an ihre Leser und an die Masse der arbeitenden Bevölkerung heranzukommen. Der Erfolg stand leider in keinem Verhältnis zur angewandten Mühe.

Am Sonntag, den 14. März, gingen einige Redakteure in das von den Meuterern besetzte Haus des „Vorwärts" und stellten mit Hilfe von freiwilligem Personal eine Extraausgabe her, die ermutigende Nachrichten enthielt und zum schärfsten Kampf gegen die Kapp-Regierung aufforderte. Als 15 000 Exemplare gedruckt waren, rief der überwachende Hauptmann Lunte und hielt den Druck an. Die fertiggestellte Auflage war aber inzwischen schon über die Mauer nach der Alten Jakobstraße expediert worden, weitere 20 000 Exemplare wurden in einer anderen Druckerei gedruckt. Die ganze geringe Auflage ging natürlich mit rasender Schnelligkeit von Hand zu Hand.

Nach dem Sturz der Kapp-Regierung erschwerten Hilfsarbeiterstreik und Strommangel das weitere Erscheinen. Trotzdem gelang es, noch zwei weitere Extraausgaben herauszubringen.

Am Montag wurde die erste regelmäßige Abend-Ausgabe im Satz hergestellt. Der Druck mußte jedoch außerhalb Berlins erfolgen. Die Anfuhr verzögerte sich, so daß die Ausgabe erst mit dieser Nummer, die gleichfalls außerhalb des Hauses gedruckt werden mußte, in die Hände der Leser gelangen dürfte.

Dienstag früh und abends war überhaupt keine Möglichkeit, ein Blatt herzustellen, vorhanden. Streik und Strommangel.

Die Streikschwierigkeiten sind beseitigt, der Strommangel besteht weiter fort. Erst nach seiner Beseitigung und nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Berlin kann wieder mit regelmäßigem Erscheinen und pünktlicher Zustellung des Blattes gerechnet werden.

So haben unsere Leser trotz aller unserer Bemühungen erfahren müssen, was es heißt, in wilder Zeit ohne Zeitung zu sein. Sie werden gewiß mit Freuden das Wiedererscheinen des „Vorwärts" begrüßen und ihm nur noch fester die Treue halten.

An die Einwohner Berlins.

Der Vorstand der Aerztekammer, der Groß-Berliner Aerztebund, die Leiter der städtischen Krankenhäuser und der Universitätskliniken veröffentlichen folgenden Aufruf:

Wir Aerzte stehen in unserem Beruf außerhalb jeder Partei. Wir haben bisher für die Kranken gesorgt und wollen es weiter tun. Das können wir jetzt nicht mehr.

Wißt Ihr, wie es jetzt in Berlin aussieht?

Eure Toten können vielfach nicht mehr beerdigt werden, sie bleiben sogar teilweise in den Wohnungen liegen.

Eure Säuglinge verkümmern. Eure Kinder verelenden.

Euren Frauen kann in Kindesnöten nicht geholfen werden. Es droht die schreckliche Geißel des Kindbettfiebers.

Eure Verletzten können nicht versorgt werden.

Eure Kranken müssen aus den Krankenhäusern entlassen werden, weil es an allem Notwendigen fehlt.

Typhus, Untergang, ansteckende Krankheiten, Seuchen durch Schmutz, Licht- und Wassermangel bedrohen alle.

Das könnt Ihr unmöglich wollen.

Wir Groß-Berliner Aerzte bringen in Euch:

Sorgt für die gesundheitswichtigen Betriebe, vor allem für Wasser, Gas und Licht. Das seid Ihr Euch und Euren Kindern schuldig.

Die Arbeitswiederaufnahme.

Der Verband der Heizer und Maschinisten, dem die Arbeiter in den Elektrizitätswerken, Gasanstalten und Wasserwerken angeschlossen sind, hat beschlossen, sich der Parole der Gewerkschaftskommission anzuschließen und den Generalstreik für aufgehoben zu erklären. Dienstag nachmittag fanden Versammlungen der Arbeiter der einzelnen Betriebe statt, in denen Abstimmungen vorgenommen wurden.

Nachdem am Dienstag mittag die Beamten und Angestellten der Hochbahn nochmals zu einer Versammlung zusammengetreten waren, wurde beschlossen, den Betrieb noch im Laufe des Nachmittags wieder aufzunehmen. Um 6 Uhr nachmittags wurden die Bahnhöfe wieder geöffnet und der Verkehr auf der Stadtstrecke und nach der Warschauer Brücke wieder aufgenommen. Da die Schöneberger Linie sowie die Strecke nach dem Fehrbelliner Platz und nach Dahlem ihren Strom vom Kraftwerk Südwest in Schöneberg erhalten, ruht der Betrieb auf diesen Linien, bis im Schöneberger Elektrizitätswerk die Arbeit wieder aufgenommen wird. Auch die Gemeindearbeiter der Stadt Berlin und die städt. Straßenbahnangestellten werden heute die Arbeit in allen Betrieben wieder aufnehmen.

* *

Afa-Funktionäre erhalten weitere Informationen Mittwoch, den 24. März, nachmittags 4 Uhr, Haberlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35. Berichterstatter: Kollege Aufhäuser. Funktionärausweis. Ortskartell der Afa.

Kämpfe in und um Berlin.

In der Exerzierstraße, Badstraße und Prinzenallee ist es im Laufe des Dienstags zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und der Sicherheitswehr gekommen. In einem Geschäft in der Exerzierstraße wurde Brot für 18 M. das Stück und Schweinefleisch zu 32 M. das Pfund verkauft. Das führte zu Plünderungen. In der Prinzenallee wurde ein Milchwagen umgeworfen und die Pferde ausgespannt. Die Warnungen seitens der Polizei, solches Treiben zu unterlassen, fruchteten nichts, so daß nachher die Sicherheitswehr bei den Zusammenrottungen gegen das Publikum vorging. Dabei wurde aus den Fenstern der anliegenden Häuser auf die Sicherheitswehr geschossen, die nunmehr das Feuer erwiderte, wodurch das Publikum erhebliche Verluste erlitt. Die Feuerwehr brachte die Verwundeten nach dem Jüdischen Krankenhaus in der Exerzierstraße.

Bei diesen Vorgängen wurden auch Züge der Nordbahn gefährdet. Die Nordbahn stellte darauf den kaum aufgenommenen Betrieb wieder ein.

Aus Hennigsdorf wird berichtet, daß „Kolgardisten" den Ort verschanzt und zu einer Art Heerlager umgewandelt hatten. Die Truppen nutzten den Ort mit Geschützen angreifen und es kam zu Straßenkämpfen, die viele Opfer forderten. Den Kommunisten wurden u. a. 20 schwere Maschinengewehre abgenommen.

In Neukölln wurde die proletarische Bevölkerung zur Bildung einer „Roten Armee" aufgefordert.

Kommunistische Dachschützen sollen den Kleinkrieg gegen die Eisenbahn wieder aufgenommen haben. Von den Dächern der vom Bahnhof Wedding gegenüberliegenden Häuser wurde gegen ½10 Uhr abends aus Maschinengewehren und Gewehren ein außerordentlich starkes und anhaltendes Feuer gegen die den Bahnhof passierenden Züge unterhalten. Der Bahnhofsvorsteher sah sich schließlich gezwungen, die Strecke zu sperren und die Züge umleiten zu lassen. Eine Abteilung Reichswehr hat Auftrag erhalten, die in Frage kommenden Häuser zu durchsuchen und die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen.

Die meisten dieser bedauerlichen Vorgänge haben ihre Ursache darin, daß die Bevölkerung ohne jede Nachricht über die Ereignisse der letzten Tage blieb.

Arbeiter, Soldaten!

Laßt Euch nicht weiter verhetzen. Es ist genug Blut geflossen! Jede weitere unsinnige Metzelei zerstört nicht nur noch mehr kostbare Menschenleben, sondern stärkt auch die Stellung der schuldbeladenen Putschisten. Jetzt gilt es aufzubauen, was die Kapp-Lüttwitz zerstört haben, damit unser armes Volk endlich zur Ruhe kommt. Darum:

Die Waffen nieder!

Was sollte?

Auf dem Anhalter Bahnhof halten wieder die deutschnationalen Studenten und Kriegsreserveoffiziere Wache.

In Tempelhof kämpft noch immer die gleichzeitig mit den Döberitzern eingerückte Potsdamer Reichswehr gegen den unsichtbaren Bolschewismus.

In Friedrichshagen-Cöpenick demonstriert die Reichswehr ihre politische Stellung in klassischer Weise durch ein großes weißes Fragezeichen auf dem Stadttheil.

In der Belle-Alliance-Kaserne liegen Zeitfreiwillige mit dem Antisemiten-Kreuz auf der Stahlhaube.

Dienstentlassung des Hauptmanns von Kessel.

Der neue Polizeipräsident von Berlin, Richter, hat vorgeschlagen, daß Hauptmann von Kessel, der bisher die Sicherheitswehr in Charlottenburg befehligte, seines Dienstes zu entheben sei. Obwohl Kessel sich beim Kapp-Lüttwitz-Putsch nicht kompromittiert hat, erschien es dem Polizeipräsidenten wegen Kessels Beteiligung an der Erschießung der Matrosen in der Französischen Straße doch unerläßlich, ihn im Dienste zu belassen.

Die Lebensmittelversorgung.

Die Kartoffelmenge der vorigen Woche wird in der laufenden Woche auf Abschnitt 12 voraussichtlich verteilt werden können. Bezüglich der Brotversorgung ist mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß eine Stockung nicht eintritt. Das Stichwort für die Brotkarte ist für diese Woche „Weizen". Im übrigen wird versucht werden, Fleisch und eine größere Fettmenge sowie außer der bereits angekündigten Nährmittelverteilung ein Pfund Nährmittel oder Hülsenfrüchte zur Verteilung zu bringen.

Die Schalter der Berliner Postanstalten sind bis auf weiteres von 8 bis 2 Uhr geöffnet, die Telegrammannahmestellen wie gewöhnlich. Wegen der derzeitigen großen Beschränkung der Eisenbahnbeförderungsgelegenheiten können vorläufig in Berlin von einem Absender nur drei Pakete täglich angenommen werden. Auslieferung von gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen, Postanweisungen und Zahlkarten ist unbeschränkt. Dagegen werden Wertbriefe und Wertpakete vorderhand nicht angenommen. Infolge dauernder Nichtbelieferung mit Strom können die Fernsprechämter Moritzplatz, Alexander und Königstadt Verbindungen nur in ganz beschränktem Umfange ausführen. Beim Amte Humboldt ruht der Betrieb vorläufig ganz.

Die nach Pommern und Westpreußen führenden Fernsprechlinien sind von Weißensee ab sämtlich gestört. Auch der Telegrammverkehr nach auswärts leidet erheblich darunter, daß von Aufständischen zahlreiche Leitungen zerschnitten worden sind.

Alle Badbähne schließen! Die Direktion der städt. Gaswerke gibt in der vorliegenden Ausgabe Vorsichtsmaßregeln für die erste Gasentnahme nach Wiederaufnahme des Betriebs bekannt, die wir allen Lesern zur Beachtung empfehlen.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer

Sonntag, den 28. März 1920 (Palmsonntag), im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108–114

KONZERT

Mitwirkende: Paula Weinbaum, Gesang; Prof. Oskar Schubert, Kammervirtuos, Klarinette; Leopold Premyslav, Konzertmeister v. d. Staatsoper, Violine; Alfred Laserstein, Violine; Max Wachsmann, Bratsche; Armin Liebermann, Cello.

Anfang 5½ Uhr. — Eintritt 2,50 M.

Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt.

Eintrittskarten à 2 Mark sind zu haben in der Musikalienhandlung von A. Stahl, Potsdamer Str. 39; in den Zigarrengeschäften von P. Horsch, Engelufer 15; G. Schulz, Kottbuser Tor, sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen. [59/10

Theater, Lichtspiele etc.

Theater in der

Königgrätzer Straße.

7 Uhr: König Nicolo.

Donnerstag: Schloß Wetterstein. Freitag: König Nicolo. Sonnabend: König Nicolo.

Sonntag: König Nicolo. Nachmittag: Erdgeist (Maria Orska). Montag: Schloß Wetterstein.

Komödienhaus.

Täglich 7,15 Uhr: Der Herr Minister (Max Pallenberg).

Berliner Theater.

Täglich 7 Uhr: Der letzte Walzer

mit Fritzi Massary, Otto Storm, Hans Waßmann usw.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 Uhr: Der lebende Leichnam
Donn. 7½: Jaakobs Traum
Kammerspiele.
7½ Uhr: Die Büchse der Pandora
Donnerstag 7 Uhr: Gabriel Schillings Flucht.
Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7: Hamlet (28. Abt., 2. Ab.)
Donn. 7: Hamlet (29. A., 2. A.)

Central-Theater
7½ U.: Fräulein Puck.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Boccaccio.
Die Tribüne
7¼ U.: Franziska.
Eden-Theater.
7½ U.: Die Dollarprinzessin
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr: Evchen Humbrecht
Kleines Theater.
7½ Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Kl. Schauspielhaus.
7¾ U.: Die unberührte Frau
Komische Oper
7½ Uhr: Schwarzwaldmädel
Lustspielhaus
Arnold Rieck in:
7¾ Uhr: Der Großstadt-Kavalier
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill
Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in
7½ U.: Die kleine Hoheit.
Neues Volkstheater
Cöpenicker Str. 68.
7½ Uhr: Hoffnung auf Segen.
Schiller-Theat. Charl.
7¾ U.: Die verlorene Tochter
Thalia-Theater
7¼ U.: Die närrische Liebe
Th. am Nollendorfplatz
7¼ Uhr:
Der Vielgeliebte
Theater des Westens
7½ U.: Die Frau im Hermelin
Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Walhalla-Theater.
7½ Uhr: Csárdásfürstin.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke. Untergrundbahn Klosterstr.
Täglich ½8 Uhr:
Die Raschhoffs
Sonnab. 4: Max und Moritz.
Sonntag 4: Der gute Ruf.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7¾ Uhr: Pygmalion.
Donnerstag 7: Wozzeck. Die Buhlschwester.
Freitag 7: Peer Gynt.
Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr: Menagerie

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße. Untergrundb. Friedrichstr.
Täglich ½8 Uhr:
Femina.
Sonnabend 4: Rotkäppchen.
Sonntag 4 U.: Johannisfeuer.

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.:
Neu! Neu!
Die erste Posse dies. Spielzeit
Ein alter Sünder
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Preise von 2 M. bis 5,50 M.
Stg. 3½: Glückliche Heimkehr

Metropol Kabarett
Behrenstr. 53-54
Allabendlich 7 Uhr:
John Hamilton
Fritz u. Bobby Link
Bienita Schlüter-Gräulitz
Marga u. Egon Laron
Hansi Etzer
Paul Goldler
Walter Steiner
Geza Varady Truppe
Grete Russ
Dougsen
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Hentschel.

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:

Elite-Sänger.
9 ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger.
Sonnt. nchm. 3 U. ermäß. Preis. (voll. Abend-Programm. Kindchen-Konzert.
Beginn 7.15 Uhr.
Zum Schluß:
Die Buxe der Pandora.
Vorverk. 11—1½ u. 4—6 Uhr.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend.
Piano-Magazin
A. Lehmann & Co.,
Inh.: Gutenberg.
Leipziger Str. 115/116.
Gr. Frankfurter Str. 100.

Schönes und reines Gesicht

erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode. Sommersprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenröte, lästige Haare, schlechter Teint usw. verschwindet bald. Auf Wunsch Blutuntersuchung.

C. Weissert, Invalidenstr. 147 I, Ecke Bergstraße.

Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig gewesen. Sprechstunden: 10-12 u. 4-6, Sonntags 10-1. Auskunft kostenlos

Everth & Mittelmann

Bankgeschäft

Berlin C 19, Petriplatz 6 gegenüber der Petrikirche.

Fernsprecher: Zentrum 2373, 7103 u. 11341.

Beste Verwertung

ausländischer Anleihen u. Coupons

Geschäftszeit: 9–1, 3–6, Sonnabends 9–3.

Gasverbraucher, Achtung!

Bei Wiederaufnahme der Arbeit in den Gaswerken ist es nicht möglich, sofort Gas abzugeben. Der Beginn der Gasabgabe wird noch bekanntgegeben werden.

Zur Verhütung von Explosionsunfällen und Vergiftungen sind alle Gashähne geschlossen zu halten. Nach erfolgter Bekanntmachung muß erst an einem Hahn probiert werden, ob das Gas kräftig ausströmt, was an dem sausenden Geräusch wahrnehmbar ist. Ist noch kein Druck in der Leitung vorhanden, ist der Hahn unverzüglich wieder zu schließen und nach einiger Zeit der Versuch zu erneuern. Da durch den Stillstand der Werke und durch vollständiges Aufhören des Druckes in den Gasleitungen die Gefahr besteht, daß Luft in die Leitung gelangt ist, kann der Fall eintreten, daß trotz des sausenden Geräusches ein Anzünden nicht möglich ist. In diesem Falle muß zeitweilig während des Ausströmens das Anzünden versucht werden. Zur größeren Vorsicht sind hierbei die Fenster, besonders die oberen Flügel, geöffnet zu halten.

Berlin, den 22. März 1920.

Direktion der städtischen Gaswerke.

Ziehung am 13. und 14. April

Rote ✚ Lotterie

des Schöneberger Zweigvereins vom Roten Kreuz.

100 000 Lose. 4155 Gewinne im Werte von Mk.

Hauptgewinne **100000 50000 10000**

Rote ✚ Lose 3 Mk. Porto u. Liste 30 Pfg. extra

in allen Lotteriegeschäft., Losverkaufsstellen u. durch

Lud. Müller & Co.

BERLIN W., Werderscher Markt 10

10 Lose sortiert = 30 Mk.

Genehmigt f. Brandenburg u. Stadtkreis Berlin — 10 Lose = 30 Mk.

Möbel-Fabrik Georg Schmidt

Moderne Wohnräume

Grosses Lager

fertiger Einrichtungen

Kottbuser Damm 77

„Eigene Werkstätten“

Juwelen Perlen
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9
Tauentzienstr. 18A.
Tel.: Zentr. 5684.

Ankauf von **Juwelen** zum heut. hohen Kurs
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9.

Ein wohlschmeckendes u. leicht verdauliches Nährmittel aus **Eigelb** und **Milch** gewonnen ist Dr. Hoffbauer's (ges. gesch.)

LECITHIN-EIWEISS

(5% Eigelb-Nervstoff und 95% Milcheiweiß enthaltend).

Ueberraschende Erfolge bei allgemeiner Körperschwäche, Unterernährung, Nervosität, Blutarmut.

100 Gramm 12,—, ½ Pfd. 28,50, 1 Pfd. 55,— Mark.

Gratis-Broschüre versendet

Elefanten-Apotheke, Berlin 212, Leipziger Str. 74 (Dönhoffplatz). Amt Zentrum 7192.

Kautabak

in Qualität, der Nordhäuser Ware ebenbürtig.

Tägliche Leistung: **50 000 Rollen.**

Rauchtabak

rein Ueberfee und gerollt, 700 Zentner greifbar zu den billigsten Tagespreisen gegen Akkreditivstellung bei der Kölner Bank.

Tabakfabrik

Ehlenbeck & Becker,

Köln, Lindenstr. 14.

Fernspr.: B 5666, A 4756.

Telegrammadresse: Ehlentabak, Köln.

1869*

Fabrikniederlage:

Berlin W., Spichernstr. 22, Haltestelle Nürnberger Platz (Ausgang Spichernstraße) der Untergrundbahn. — Fernsp.: Pfzb. 3904.

Anfragen und Aufträge aus Berlin werden ausschließlich von der Berliner Fabrikniederlage erledigt.

Augen auf!

Ich zahle immer noch **höchste Preise** für Metalle jeder Art

Größere Posten werden auf Wunsch abgeholt.

Stingl, Mechaniker.

Alte Jakobstraße 69. Quergeb. I.

Alte Zahngebisse

pro Zahn 15 bis 18 M.

Platin, Brennstifte, Kontakte, Goldbruch, Silberbruch

kauft zu höchsten Tagespreisen

A. Unger,

Alte Schönhauser Str. 14/15

Uhrenladen.

Mit Rücksicht auf den Ausfall mehrerer Börsenversammlungen und die Verkehrsstörungen betrachten wir die sämtlichen laufenden und noch eingehenden Aufträge und Limite für An- und Verkäufe an deutschen Börsen von notierten und nicht notierten Effekten als erloschen. Dagegen bleiben alle Aufträge und Limite für Bezugsrechte, Devisen, Sorten, Noten und Kupons bestehen.

Bei Wiedereröffnung der Börse werden wir nur diejenigen Aufträge in Effekten als gültig vormerken, welche mit dem Kennwort „Neu“ beginnen.

Bank für Handel und Industrie. — **Berliner Handels-Gesellschaft.**
S. Bleichröder. — **Commerz- und Disconto-Bank.**
Delbrück Schickler & Co. — **Deutsche Bank.**
Direction der Disconto-Gesellschaft. — **Dresdner Bank.**
J. Dreyfus & Co. — **Hardy & Co. G. m. b. H.**
Mendelssohn & Co. — **Mitteldeutsche Creditbank.**
Nationalbank für Deutschland.

Weisslack-Möbel
für Boudoirs, Schlafzimmer, Garten und Dielen.
Louis XVI. Schlafzimmer
Joseph Dreyfuß
Kurfürstendamm 213
Steinplatz 5365.

Perser-Teppiche
Klavier oder Stutzflügel dringend gesucht
Herer, Palasstr. 5/9.
Kurfürst 9104.

Erfinder
bedienen sich zur Anmeldung und Verkauf ihrer Erfindungen, Ihrem eines Patentfachmannes. Rat und Auskunft kostenlos! Erfolg: u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für
850 000 M.
F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Ueber 1000 Atteste
bestät. d. heilk. Wirkg. von San.-Rat Dr. Strahl's **Haussalbe** bei Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern der Frauen und dergl. Originaldosen 6,25, 12,— versendet „Elefanten-Apotheke“ Berlin 204 SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.)

Raucherdank!
ges. gesch., ermögl. in einig. Tag. das Rauch. ganz od. teilw. z. unterlassen. Amtl. begutachtet. Wirkung verblüfft. Vollständ. unschädl. Tägl. Anerkenn. Auskunft: Institut Englbrecht. München R. 6, Kapuzinerstr. 9

Spezialarzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1.
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienburger Tor
Spr. 11—1, 6—8, Sonnt. 11—1
Harn- u. Blutuntersuchung

Spezialarzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters.
Invalidenstraße 38, Ecke Chausseestr. Stett. Bhf. Spr. 11-1 u. 4½-6½, Sonnt. 12-1

Bücher
von denen man spricht.
Verlangen Sie kostenlose Prosp. u. Verlag Aurora, Dresden-Weinböhla.

4 Millionen englische Zigaretten
La bella Goldflake, Clicksons Navy Cut, Two Step, Friendship, Olde Boys.
Bitt. Berlin, lagernd.
Kein überseeischer Rauchtabak und Zigarren, holländ. Zigarillos.
H. L. Katzenstein & Co.,
Großhandelsgeschäft.
Berlin SW. 36/0*

Alt-Metalle
wie:
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.
höchstzahlend
Waßmannstraße 22.

Gamaschen-Kenner
tragen Marke [22/18*
„Peitsche“
innen eingestempelt
Peitschengamaschen.

Küchen
solange Vorrat reicht
von **Mk. 500** an
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
in all. Preislagen nur in der
Möbelhalle Schanzer
Alexanderstraße 14 b

Möbel,
Teppiche, Gardinen, Kronen, Dekorations- u. Wirtschaftsgegenstände, auch Kleidungsstücke u. Bettwäsche kauft höchstzahlend *
Althandlung Bärwaldstr. 48.
Schriftl. Angebote werden prompt erledigt.

Würmer
gebrauchen Sie „Contraverm“ das neue Wurmmittel für Erwachs. u. Kinder (ab 4 Jahre). Packungen m. dazu gehöriger Salbe 3,75 Mk. Alleinvertr. Löwenapoth., Hannover 14.

Bettnässen.
Befreiung sofort.
Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aeltest. u. bestbewährtes ges. gesch. Methode.
Institut Englbrecht
München R 667, Kapuzinerstr. 9

Möbel-Ausstellung

100 kompl. Zimmer-Einrichtungen in künstlerischer Durcharbeitung

stehen in meinen Ausstellungsräumen zur Besichtigung bereit. — Kataloge werden nicht versandt.

A. S. Ball, Kunstmöbelfabrik — begründet 1857 —

Berlin W, Potsdamer Straße 27a.

Spezialarzt Dr. med. Coleman
Sprechstunden 9—1, 5—7½, Sonntags 9—1.
Friedrichstraße 91/92 Ecke Dorotheenstraße. Teilzahlung gestattet.

✚ **Spezial-Behandlung** ✚
von Haut-, Harn-, Unterleibsl., Frauenleid., spez. veraltete hartnäckige Fälle, Schwäche; Salvarsan-Kuren. — Urin- u. Blutuntersuchungen, Licht- u. Finsen-Behandlung. Elektr. Durchleuchtung, Bestrahlungen. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. Aerztliche Heilanstalt. 144/3*
Löser, Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz. 9—1, 4—8, Sonntags 9—1

Dr. med. Karl Reinhardt, Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße
Sprechst. 12—2, ½6—½10 Uhr abds., Sonnt. ½11—1 Uhr
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, Harn- u. Blutuntersuchungen.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschl. Kuvert gegen Einsendung v. M. 1,50.

Spezial-Arzt für Haut-, Harn-, Blasen-, Unterleibsleiden, nervöse Schwäche, speziell veraltete Fälle, Salvarsan-Kuren, Urin- u. Blutuntersuchungen. Separates Damenzimmer. Erste und älteste Heil-Anstalt Löser.
Dir. Löser senior. Spezial-Arzt Dr. Skotti.
Nur Rosenthaler Str. 69-70 am Rosenthaler Platz 9-1, 4-8. Sonnt. 10-1

Alle fast gleichlautenden Anzeigen sind zur Täuschung des Publikums berechnet!

Bitte aufmerksam lesen!

Es gibt nur die eine handelsgerichtlich eingetragene Firma

Metallkontor

Gegr. 1903 **W. John** Gegr. 1903

Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 130 (Hallesch. Tor)

Telephon: Amt Moritzplatz 12858

KEINE FILIALEN!

KEINE ZWEIGGESCHÄFTE!

Postwertsendungen werden der Reihe nach gewissenhaft und prompt ausgeführt!

Näheres im Sonntags-Inserat!

Stellenangebote

Tücht. Eisen- u. Metallformer
werden sofort eingestellt. Angebote mit Angabe seitheriger Tätigkeit erbitten 36/7*
Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik.
Abteilung Sömmerda.

Kräftigen Lehrling verlangt 53/17
Steindruckerei Jensch, Berlin, Köpenicker Str. 118.

Empfangs-Bürogehilfin [illegible]
Blondine Braun, [illegible]
[illegible]

Tüchtiger Werkmeister
für keine chemisch-technische Fabrik in Stockholm ist baldmöglichst erwünscht. Antwort unter „Werkmeister 2“, Svenska Telegrambyrån, Oerebro, Schweden. 180/16

Putzgarniererinnen
und Zuarbeiterinnen, tüchtige, sofort gesucht 53/16
Blondine Braun, Putzsalon, Kurfürstendamm 36.

Tüchtige
Putzarbeiterin,
die in der Lage ist, selbständig Hüte zu kopieren und Modelle zu arbeiten im Atelier zu leiten, auf Schreibstellung bei hohem Gehalt von Damenhutfabrik in Berlin sofort gesucht. 128/18
Offerten unter J. A. 7527 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.